

■ DIE TAGESZEITUNG

junge Welt



CHRISTIAN DITSCHOE

»Wir arbeiten nicht mit Ultimaten«

Der Botschafter Russlands in Berlin, Sergej J. Netschajew, im jW-Gespräch. Über den Stand der bilateralen Beziehungen, Moskaus außenpolitische Grundsätze und die Gefahren eines neuen Wettrüstens **■** Seiten 12/13

GEGRÜNDET 1947 · SA./SO., 23./24. MÄRZ 2019, NR. 70 · 2,10 EURO (DE), 2,30 EURO (AT), 2,70 CHF (CH) · PVST A11002 · ENTGELT BEZAHLT

WWW.JUNGEWELT.DE

Sturzkampfbomber

Vor 20 Jahren: NATO startet Luftangriffe gegen Jugoslawien. Serbien bereitet sich auf Krieg vor

3

Staatsverbrechen

Marokkanischer Geheimdienst warnte die BRD viermal vergebens vor Breitscheidplatz-Attentäter Amri

4

Streitpunkt

Chinas Präsident Xi Jinping besucht Italien. Berlin und Brüssel empören sich. Von Jörg Kronauer

9

Stoßbrigade

Melodie & Rhythmus 2/2019 erschienen: Das Heftthema »Kriegspropaganda« ist hochaktuell

11



RONEN ZVULUN/REUTERS

Beistand für Netanjahu

Der US-Präsident liebt überraschende Alleingänge. Am Donnerstag verkündete er der Welt per Twitter, dass es »nach 52 Jahren an der Zeit« sei, »Israels Souveränität über die Golanhöhen anzuerkennen, die von entscheidender strategischer und sicherheitspolitischer Bedeutung für Israel und die regionale Stabilität sind«.

Der zionistische Staat hält das zu Syrien gehörende Gebiet seit dem Juni-krieg 1967 besetzt. Entgegen einer weitverbreiteten Auffassung hat Israel die Golanhöhen bisher nicht offiziell, sondern nur faktisch annektiert, indem es 1981 seine Gesetzgebung dorthin ausdehnte. Das Vorgehen verstößt gegen die Charta der Vereinten Nationen und wurde damals vom gesamten UN-Sicherheitsrat einschließlich der USA verurteilt. Diese Resolution, die eindeutig die Souveränität Syriens über das Gebiet feststellte, bleibt weiter gültig.

Wirklich überraschend war für aufmerksame Beobachter nicht der Inhalt,

Trump will Israels Annexion der Golanhöhen anerkennen. Empörte Reaktionen weltweit. **Von Knut Mellenthin**

sondern nur der Zeitpunkt von Trumps Mitteilung. Selbst die israelische Regierung und US-Außenminister Michael Pompeo, der sich zu dem Zeitpunkt in Jerusalem befand, hatten sie erst in der nächsten Woche erwartet. Dann wird Premierminister Benjamin Netanjahu im Weißen Haus zu Gast sein: am Montag zu einem Arbeitstreffen mit Trump, am Dienstag zu einem Festessen. Nebenbei wird er beim Jahreskongress der Pro-Israel-Lobby AIPAC auftreten, der am Sonntag beginnt.

Die Einladung an den israelischen Regierungschef ist, wie auch Trumps Tweet zu den Golanhöhen, Teil der Bemühungen des US-Präsidenten, die israelische Parlamentswahl am 9. April zugunsten des Amtsinhabers zu beeinflussen. Der Generalstaatsanwalt will Netanjahu demnächst wegen Bestechung,

Betrug und Veruntreuung anklagen. Seit einigen Tagen wird auch diskutiert, dass Netanjahu sich persönlich am Kauf deutscher U-Boote bereichert haben könnte. Diese Beschuldigung würde alle bisher bekannten Vorwürfe bei weitem übertreffen. Aber mit seinen hervorragenden Beziehungen zu den USA kann der Regierungschef immer noch bei vielen Israelis punkten.

Syrien, Russland, der Iran, die Türkei und die Organisation der arabischen Golfstaaten verurteilten am Freitag Washingtons angekündigte Anerkennung der israelischen Herrschaft über die Golanhöhen. Die Außenpolitikchefin der EU, Federica Mogherini, teilte mit, dass sich die Union dem US-amerikanischen Schritt nicht anschließen werde. Saeb Erekat, der früher die – nun schon seit mehreren Jahren unterbrochenen – Ver-

handlungen der Palästinenserregierung mit Israel geführt hatte, twitterte, dass Trumps Schritt »bestimmt Destabilisierung und Blutvergießen in unserer Region bringen« werde.

Diese Warnung ist begründet. An den Grenzbefestigungen zwischen Israel und Gaza wurden am Freitagabend die größten Proteste seit langem erwartet. Die Bevölkerung im besetzten Westjordanland ist ebenfalls in Kampfstimmung, nachdem innerhalb von 24 Stunden vier Menschen von israelischen Streitkräften erschossen wurden. Trumps Politik demonstriert den Palästinensern immer wieder, dass sie auf dem Verhandlungsweg nichts erreichen können. Viele befürchten, dass die USA demnächst auch die Herrschaft Israels über die Westbank anerkennen könnten. **■ Siehe Seite 8**

Keine Fortschritte im Westsahara-Konflikt

Genf. Im Kampf um die Unabhängigkeit der Westsahara vom Königreich Marokko ist am Freitag die zweite Runde der Gespräche in Genf zu Ende gegangen. Zu der zweitägigen Gesprächsrunde waren Delegationen aus Marokko, Maurititanien, Algerien und Vertreter der Befreiungsorganisation Frente Polisario angereist. UN-Vermittler Horst Köhler sagte im Anschluss, dass niemand schnelle Lösungen erwarten solle, weil viele Positionen der Konfliktparteien noch weit auseinander lägen. Marokko bietet der Demokratischen Arabischen Republik Sahara Autonomie an, die Polisario hat dies abgelehnt und spricht sich für ein Referendum mit der Option für Unabhängigkeit aus. Die Delegationen haben sich auf weitere Gespräche verständigt. Wann sie stattfinden sollen, blieb zunächst unklar. (dpa/jW)

Bankenfusion: Schnelle Entscheidung angekündigt

Frankfurt am Main. Der Vorstandsvorsitzende der Commerzbank hat eine zügige Entscheidung in den Verhandlungen über eine mögliche Fusion mit der Deutschen Bank in Aussicht gestellt. Das geht aus einer internen Mitteilung hervor, die der Finanznachrichtenagentur *dpa-AFX* am Freitag vorlag. »Wir werden die Zeit der Unsicherheit, die durch die Sondierung entsteht, so kurz wie möglich halten«, schreibt Commerzbank-Chef Martin Zielke in der Mitteilung. Die Commerzbank werde »selbstbewusst und mit klaren Vorstellungen« in die Verhandlungen gehen: »Wir haben eine klare Strategie.« Politiker und Gewerkschaftsvertreter hatten sich mit Blick auf mögliche Stellenstreichungen zuletzt besorgt gezeigt. 20.000 bis 30.000 Arbeitsplätze könnten bei einer solchen Fusion wegfallen, sagte Verdi-Chef Frank Bsirske. (dpa/jW) **■ Siehe Seiten 8 und 9**

jW wird herausgegeben von 2.173 Genossinnen und Genossen (Stand 1.3.2019)
■ www.jungewelt.de/lpg



»Brexit« zum dritten

Einigung in Brüssel: Britisches Unterhaus soll erneut über EU-Austritt abstimmen

Der Termin für den Austritt Großbritanniens aus der Europäischen Union ist verschoben. Die EU und die britische Premierministerin Theresa May einigten sich in der Nacht zum Freitag auf eine Verschiebung des »Brexit«. Der Kompromiss sieht einen Aufschub bis mindestens zum 12. April vor. Wenn das britische Unterhaus dem bereits ausgehandelten Abkommen nächste Woche zustimmt, soll der Austritt am 22. Mai geregelt über die Bühne gehen. Gelingt dies nicht, kann London bis zum 12. April neue Vorschläge machen.

May lobte die EU-Vereinbarung. Sie appellierte an das britische Parlament, den Vertrag mit der EU doch noch zu billigen. Das Unterhaus hat den Vertrag allerdings bereits zwei Mal abgelehnt. Ursprünglich wollte die Regierungschefin einen Aufschub bis zum 30. Juni erreichen. Doch die EU sah die Europawahl vom 23. bis 26. Mai als entscheidende Hürde. Der zweistufige Beschluss zur Verschiebung orientiert sich an diesem Datum: Der 22. Mai ist der letzte Tag vor der Wahl.

Wird der EU-Austrittsvertrag rechtzeitig beschlossen und ratifiziert, steht

einem geordneten Ausscheiden nichts mehr im Weg. Der 12. April ist der Tag, an dem Großbritannien spätestens entscheiden müsste, ob es an der Europawahl teilnimmt. Wollte es noch einige Monate EU-Mitglied bleiben, müsste es die Wahl abhalten und Europaabgeordnete bestimmen.

Unklar ist noch, wann im Parlament zum dritten Mal über den Brexit-Deal abgestimmt wird. Als möglicher Termin gilt der Dienstag, eventuell könnte es aber auch etwas später werden. Zunächst einmal wird am Montag über das weitere Vorgehen debattiert. Am

Mittwoch oder Donnerstag muss die Regierung das EU-Austrittsgesetz verändern – dort ist noch der 29. März als Austrittsdatum festgeschrieben.

EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker äußerte sich am Freitag: »Wir sind hoffnungsvoll, dass der Vertrag vom britischen Unterhaus angenommen wird.« Der konservative britische Abgeordnete Craig Mackinlay sagte dem irischen Sender *RTE*, es sei nahezu ausgeschlossen, dass May im Londoner Unterhaus noch eine Zustimmung zum Austrittsvertrag bekommen werde. (dpa/AFP/jW)